



VON LUTZ MINKNER

## FRANCINA ARMENGOL: BELIEBIGKEIT OHNE KOMPASS

Am 28. Mai 2023 wählen die Balearen-Bürger ein neues Parlament und eine neue Regierung. Spätestens seit Herbst des vergangenen Jahres befinden sich die politischen Parteien im Wahlkampf. Nach dem dramatischen Sieg der Konservativen in Andalusien will die Linke der Balearen am Ruder bleiben. Im Oktober 2022 kam schon Wahlkampfhilfe in Gestalt von Pedro Sanchez, seines Zeichen Ministerpräsident der Zentralregierung. Er kam mit einem Füllhorn von Versprechungen im Werte von 349 Millionen Euro, die der Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Industrie zugutekommen sollten. Das müsste doch Stimmen bringen! Nur nebenbei erwähnte Pedro Sanchez, dass es sich dabei nicht um selbst verdientes Geld oder eigene Haushaltsmittel handelte, sondern um große För-

dertöpfe der EU. Auch die Ministerpräsidentin der Balearen, Francina Armengol, versprach Millionen Sonderzahlungen an Arbeitslose, Sozialbedürftige, Studierende, Häuslebauer und an Kleinunternehmer. Auch aus EU-Töpfen. Nun, diese Versprechungen wurden bis heute kaum erfüllt, und der Wahltermin rückt immer näher.

Und immer lauter werden die Stimmen, die nach bezahlbarem Wohnraum rufen. Denn immerhin gibt die spanische Verfassung den Bürgern eine Garantie für menschenwürdiges Wohnen. Damit wurde auch der ewig stänkernde Koalitionspartner Mes per Menorca aufgeweckt. Das Wohnungsproblem sei doch leicht zu lösen: Man solle endlich den Immobilienverkauf an Ausländer stoppen oder beschränken. Dann würde sich der

Markt schon von selbst wieder einpendeln. Eine gute Idee, fand auch die kleine oppositionelle Regionalpartei Pi und drängte Armengol, in den Kanon einzustimmen. Nun wusste Armengol aber, dass derartige Beschränkungen gegen EU-Recht (Niederlassungsfreiheit, Freiheit des Kapitalverkehrs) verstoßen. So setzte sie eine Kommission ein, die das prüfen und in einem Jahr ein Gutachten vorlegen sollte. Ein Jahr, weil dann die Wahlen gelaufen sind und man weiß, wo man steht. Doch diesmal traten Sanchez und die Zentralregierung ihrer Genossin Armengol nicht zur Seite. Vielmehr gab es eine deutliche Klatsche von der Zentralregierung: Verstoß gegen EU-Recht. Die Zentralregierung werde mit solchen Anträgen nicht die EU behelligen. Peinlich – eine vorzeitige Wahlkampfschlappe und verstimte Wähler.

Aber vielleicht könnte man mit dem sog. Mietpreisdeckel, mit dem viele Wähler liebäugeln, Kapital schlagen. Also stellte Armengol in Madrid den Antrag, der Landesregierung zu ermöglichen, die Mietpreise zu regulieren und Höchstpreisgrenzen festzulegen. Aber auch hier folgten die Fest-

landgenossen Armengol nicht. Die in Madrid regierenden Sozialisten lehnten eine Änderung des Mietgesetzes (LAU) ab. Zweite Ohrfeige.

Auf der Internationalen Tourismusbörse ITB in Berlin wollte Armengol nun ihr angekratztes Image wieder aufpolieren. Sie inszenierte sich als Macherin des Tourismus der Zukunft und verwies auf das umstrittene Tourismusgesetz, mit dem die „Transformation Mallorcas zum Urlaubsziel der Zukunft eingeleitet worden wäre“. Die Tatsache, dass schon im April die meisten Hotels Mallorcas geöffnet seien, vereinbarte sie als Ihren Verdienst. Die anwesenden Mallorca-Hoteliers rieben sich erstaunt die Augen, war es doch Armengol, die immer wieder den Hoteliers bei Investitionen Steine in den Weg gelegt hatte. Zur selben Zeit machte die Bürgerversammlung „Assamblea Ciutadana pel Clima de Mallorca“ von sich reden. Initiiert von der Balearen-Universität und von der Regionalregierung unterstützt, hat dieser Verein 60 Mitglieder, die einen Querschnitt der Inselbevölkerung darstellen sollen. Dieser Verein hat nun Vorschläge erarbeitet, und die Balearen-Regierung und der Inselrat hatten sich verpflichtet, alle

Vorschläge politisch umzusetzen, denen 90 % der Vereinsmitglieder zustimmten. Einer dieser Vorschläge war die Forderung nach einer Zugangsbeschränkung für Nicht-residenten (also auch Festlandspanier) zu Mallorcas Stränden. Also: Ausweispflicht und Zugangsverweigerung für Touristen und Festlandspanier. Immerhin waren 69 % der Mitglieder der Assamblea Ciutadana dafür. Ein Schwachmatten-Verein! Die ITB lachte!

### Fazit

Francina Armengol betreibt eine Politik der Beliebigkeit. Alles, auch Unsinn, aufgreifen und Versprechungen machen. Eine Beliebigkeit ohne Kompass. Am 28. Mai 2023 sind Wahlen auf den Balearen. Wenn Sie, geneigter Leser ein Wahlrecht haben, nutzen Sie es.

**Lutz Minkner ist  
Managing Partner des  
Immobilienunternehmens  
Minkner & Bonitz.  
Er blickt auf eine  
45 jährige berufliche  
Tätigkeit als Rechtsanwalt,  
Dozent, Fachbuchautor und  
Unternehmer zurück.**

[www.minkner.com](http://www.minkner.com)

FINANZIERUNG | NIE-NUMMER | STEUERN | ERBSCHAFTEN

## ENJOY YOUR SMART CHOICE

Genießen Sie Mallorca von Anfang an. Wir kümmern uns um Finanzierungen für Immobilien / Yachten, Steuer-Angelegenheiten, Erbschaften und NIE-Nummer. SMART SERVICIOS® steht als eingetragene europäische Servicemarke für Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit in all unseren Dienstleistungen.

Ihr Daniel Pires, CEO SMART SERVICIOS®



  
**SMARTSERVICIOS®**  
be smart - choose us

[info@smart-servicios.com](mailto:info@smart-servicios.com) | [smart-servicios.com](http://smart-servicios.com)

0034 971 571 044

